

Bezugs-Preis

In der Abonnementzeit über dem Buchdruckerei abgebaut; vierzehntäglich A 2.40, bei täglich gewöhnlicher Ausgabe bis hess vierzehntäglich A 3.— Durch meine auswärtigen Buchdruckereien und durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich vierzehntäglich A 4.00, für die übrigen Länder laut Postauskunft.

Diese Nummer kostet auf den Buchdruckerei und bei den Zeitungsverkäufern 10 Pf.

Redaktion und Verlag: J. Schmid & Sohn, Berliner Straße 8, Telefon Nr. 150, Nr. 222, Nr. 1772.

Berliner Redaktions-Schreiber: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 82, Telefon 1, Nr. 2275.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

R. 370.

Dienstag 24. Juli 1906.

Anzeigen-Preis

Die gesetzliche Zeitung für Leipzig und Umgebung zu M. Ritter, Wohnungs- u. Seiten-Magazin, Innen 20, u. Berlin 20 Pf. (Postleiter und Vermittler 25 Pf.) für einzelne 30 Pf.

Monatliche Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Zeit oder an bester Stelle nach beauftragtem Tarif.

Für das Erstellen an bestimmten Tagen u. Monaten wird keine Garantie vorgenommen.

Anzeigen und Geschäftsanzeigen nur in der Morgen-Ausgabe
Gehalt der Ausgabe nachmittags 4 M.

Zeitung-Magazin: Augusteplatz 8, Tel. Schmalzgasse.

Gesetzliche Zeitung: Carl Danner, Leipzig, Post-Hofstättchen, Hauptstraße 10, Telefon VI, Nr. 4033.

Gesetzliche Zeitung: Dresden, Marktstraße 34.

100. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Roedt, Allg. Zeit., erklärt aufs entzückendste, daß von irgendwelcher Einigung Deutschlands in die russischen Wittern gar keine Rede sei. (S. Dtsch. R.)

* Der frühere Kommandant des 15. Armeekorps General der Infanterie Dr. Alfred von Bewinsty ist in Görlitz gestorben.

* Der Reichsanziger veröffentlicht den Entwurf einer Novelle zur Wehrordnung. (D. Dtsch. R.)

* Im Großen Sanden hat der Siamantau, wie aus Berichten gemeldet wird, gegen das freies sprechende Urteil des Schwurgerichts gegen Frau v. Sanden und Mittelgutsbesitzer Luitpold Rossmann beim Reichsgericht nicht eingegriffen. Die Urteile gegen diese beiden Angeklagten sind dennoch vollständig geblieben.

* In der Eröffnungsrede der Interparlamentarischen Friedenskonferenz in London begrüßte Premierminister Campbell-Bannerman die Friedensstunde aufs berichtigte im Auftrage des Königs Edward. (S. England.)

Grausam enttäuscht!*

Die Aussicht der Duma ist schnell und unerwartet gekommen, wenn sie auch schon lange in der Luft gelegen hat. Der Zar sagt, die Duma habe ihn „grausam enttäuscht“, sie habe die ungerechte Handlungen zurückfordern lassen und er möchte sie deshalb nach Sankt-Peterburg ins Exil schicken.

Der Zar gab, erfreut und gewornt durch Massenstreiks, bewaffnete Aufstände, Revolten, zur Beleidigung der allgemeinen Aufruhr im Volke dem Lande eine Volksvertretung, er gab sie nicht ganz freiwillig, aber auch durch niemanden gezwungen. Die Antwort waren neue blutige Ausschläge die mit Blut niedergeschlagen wurden. Die Duma, vom Kaiser beraten, trat zusammen. Das Ministerium Witte wurde ihr gespielt, weil es bestand vor mir den Widerstand des ganzen Volkes, und das Ministerium Gorenjew folgte mit der Volksvertretung gewisslich an die Regierung des Landes gehen. Die Antwort, die aus der Duma entgegenkam, war das bei jeder Gelegenheit erforderliche Wort: Rücktritt! Abgang! Die Gelehrtenvorträge, welche die Regierung in Ansicht stellte, wurden mit stets weitergehenden Forderungen beantwortet, die mit den schwersten Auflagen wegen der Sünden der Vergangenheit abweichen. Die Minister hatten in den letzten Wochen alle Hände voll zu tun, um diese Auflagen zu entkräften, möglicherweise das ungünstige Pogrom von Kishinef den östlichen Anlaß bot. Der Adelmann „Röder“, der ihnen zugesprochen wurde, bot nicht Einladungen an sich, und so gehörte es, daß die Minister nicht selten den Verhandlungen des Parlaments fern blieben. Ein baltweger erstaunliches Zusammenspiel zwischen russischer Regierung und Duma war ausgeschlossen, da nicht nur jedes Vertrauen zwischen diesen beiden Parteien schließen konnte, sondern vor allem in der Duma jetzt wenig Neigung vorhanden war, praktische und ernste Arbeit zu leisten.

Unerheblich oppositionell und kampfbereit vor ihrer Geburt an hat die Reichsduma sich selbst und wesentlich am das Prinzip „Opposition quand même“ festgesetzt. Da, die Partei, die in der Duma jetzt anzusiedeln ist, hat bereits vor vielen Monaten ihre Absehung gegen jedes Kompromiß zum Parteidogma erhoben, und hat damit bewiesen, daß sie im Grunde gesammelt wenig regierungsfähig ist. Der Bismarckische Ausdruck, daß ein Politik nichts anderes bedeute, wenn eine Reihe von Kompromissen, ist seitens der russischen Liberalen und Radikalen nicht mehr hergeholt worden. Schon als Graf Witte vor Kosten den Führern der Liberalen vorstieg, einige Ministerposten selbst in seinem Kabinett zu übernehmen, begingen die russischen Liberalen einen ersten fatalen Fehler, indem sie diesen Vorschlag ablehnten. Sie wollten allein bereisen. Die Folge war, daß sie zunächst keinen Einfluß in der Regierung gewannen und sich genötigt fühlten, dem ihnen präsentierten Ministerium prinzipiell Opposition zu machen, um auch diesen Vorschlag zu entkräften. Als dies nicht gelingen zu wollen schien, als Gorenjew hartnäckig auf seinem Posten blieb, gehörten durch das Vertragen des Kaisers, als auch die Kardinalserklärungen der Duma: Amnestie, Aufhebung der Leibesstrafe und Verteilung des Landes an die Bauern auf den Widerstand der Regierung stieß, da sie sich die Kraft der Duma in unfruchtbare Debatten und heftige Drohungen mit der Revolution auf.

Ein wiederholter Widerstandsvorstoß gegen das Ministerium verwarf wieweg und hatte nur die Folge, daß die Regierung gegen die Duma die gleiche sterile Opposition zu treiben anfing. Darauf wurde die Kluft zwischen beiden täglich tiefer und breiter, um so schier fall, als geschahen die beiden Gegner sich gegenseitig auszuwürgen. Daß dies Verhältnis auf die Dauer unmöglich so bleiben könnte, war längst klar und man konnte nur noch befürchten, daß es zu einem Tag kommen würde: ob von Jahren ein neues Kabinett berufen oder die Duma aufgelöst werden würde.

Der letzte Versuch, etwas Erfreiliches zum Namen des Rates zu bringen, füllte dem Kaiser den Boden auf. Es handelte sich um die Lösung der Agrarfrage, auf welche 90 Millionen Bauern in Russland warteten. Man kann, wenn man gerecht sein will, nicht anders sagen, als daß die Vorherrsche der Regierung nicht wenig boten. Der verarmte Bauer will Land. Die Regierung will es ihm geben. Alle zum Überbau tauglichen Staatsländereien sollen den bedürftigen Bauern übergeben

werden. Wenn jemand gibt, was er hat, so kann, wie ungezählte von der Volksfeinde aller Herren Kinder annehmen, Sprichwörter bestätigen, ein Recht von ihm nicht verlangt werden. Die russische Regierung will aber noch ein beträchtliches Werk leisten, indem sie auch Privatländerien auf dem Wege freiwilliger Verständigung zu erwerben und sogar aus eigenen Gütern die Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem ausführlich festgestellten Überlassungspreis an den Bauern zu tragen sie bereit erklärt. Dazu kommt noch eine Reihe von praktischen Erleichterungen für Erwerbung, Zusammenlegung, Verbesserung und Bewirtschaftung des bäuerlichen Landbesitzes. Bereiche Verteilung wird anstreben müssen, daß die Bauern von Jahrbezügen nicht mit einem Handelslage nachgezahlt werden können, daß aber die Regierung in der Agrarfrage den besten Willen bekennt, zu tun, was möglich war. Die Duma war in ihrer Majorität nicht zufrieden; namentlich forderten die Bauernabgeordneten und die Sozialisten, die ja überall die Entwicklung des Privateigentums verlangen, die ungewöhnliche Ausweitung auch des privaten Landbesitzes an die Bauern. Es kann kaum angenommen werden, daß die Duma wirklich der Anfang getan hat, daß man dem, der was hat, es nehmen soll, lediglich um es eben, die nichts haben, zu geben. Dass damit weder doch nur die Rollen vertauscht werden, ohne Besserung zu schaffen. Wir erklärten es uns so, daß die Dumamitglieder entweder nicht wagen, die Bauern vor den Kopf zu stoßen, oder in großer Unschärfe darüber, was man könne diese Harderung richtig vertreten, da die Regierung schon dafür sorgen werde, daß sie entweder unerfüllt bleibe oder doch geziert vermöhrt werde. Deutlich erkennbar kam dabei ein Byzanzianismus gegen das Volk, die Wähler, zum Vortheil, der noch übertragen wurde von der Kluft, nach oben zu impfen. Die Duma batte sich als solche bisher noch immer in den Grenzen ihrer Zuständigkeiten gehalten, wenn auch nicht in formeller, so doch in sachlicher Beziehung. Jetzt aber wandelt sie plötzlich die Lust an, sich hierüber bald als 500.000 Sowjets aufzupeilen und über dreijähriger Distanz im Schutzegebiet zur preußischen Justizverwaltung zurück, ging sodann im Dezember 1902 wieder die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes über, um im März 1903 zunächst kommuniziert, vom September desselben Jahres an einschließlich als erster Repräsentant und Regierungsrat beim Gouvernement von Samara zu wirken. Als solcher vertrat er längere Zeit den brandenburgischen Gouverneur. Seit Dezember 1904, wo er zum 1. Regierungsrat ernannt wurde, war er wieder in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes tätig. Der Wirthliche Legationsrat und vortragende Rat Dr. von der Groden ist 50 Jahre alt und hat seit dem Jahre 1888 die preußische Verwaltung des Innern angelebt mit einer Unterbrechung von 3 Jahren. Er war Landrat in Ost, sodann Polizeidirektor in Rixdorf. Nachdem er im Jahre 1904 als Regierungsrat in die allgemeine Staatsverwaltung mit der Verhüllung für den höheren Verwaltungsdienst wieder übernommen worden war, gehörte er der Steuerauverwaltung in der Provinzialabteilung der Regierung zu Potsdam an. Seit vor der Gründung ist also niemals aus der preußischen Staatsverwaltung herausgetreten. Der Wirthliche Legationsrat und vortragende Rat Dr. Schmitz ist 35 Jahre alt. Im Jahre 1897 trat er als Regierungsrat in das Auswärtige Amt ein, wurde im folgenden Jahre zum Gouverneur des Schutzegebietes Neu-Suwanja zugewiesen, im Jahre 1900 mit der Wahrnehmung der richterlichen Gewichte in Asien und im folgenden Jahre mit der Secretar des Gouverneurs des amazoneischen Schutzegebietes beauftragt. Im Oktober wurde er zur ausbildungsvollen Beschäftigung in die Kolonialabteilung eingesetzt, im Februar 1904 zum händigen Hilfsarbeiter in dieser Abteilung, im Juli desselben Jahres zum Sekretär ernannt. Im folgenden Jahre wurde er der Gesellschaft in London als Beirat für koloniale Angelegenheiten zugewiesen, im Mai 1906 trat er wieder in die Kolonialabteilung ein. Der Wirthliche Legationsrat und vortragende Rat Dr. von Jacobs steht im Alter von 38 Jahren, wurde 1894 Assessor in Hamburg, trat 1905 in das Auswärtige Amt ein, war als Verwalter des Konzilsatzes in Barmen und nach seiner Disziplinarerziehung als Beamter bei dem Generalkonsulat in Sofia beschäftigt. Nachdem er seit April 1903 als händiger Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, seit Juni desselben Jahres als Legationsrat, tätig gewesen war, übernahm er im August 1904 die Vertretungsgesetzte des Gouverneurs des Generalkonsulats in Kapstadt. Im April 1906 wurde er zum Konsul in Kairo ernannt, hat diese Stellung aber nicht angetreten und arbeitete seit kurzem in der Kolonialabteilung.

* Zur Eröffnung der Döbeln-Rosswitz. Name und die deutsche Reformpartei beschlossen, in den verwaisten Wahlkreis Döbeln-Rosswitz auf dem Kampfplatz zu erscheinen. Die erste Versammlung unter den Bevölkerungen des Kreises fand am Freitag nachmittag statt. Die Nachricht, daß der Spardienst des Verbands habsburger Juristinnen Dr. Strehmelau als Kandidat für den Wahlkreis Döbeln-Rosswitz auftreten werde, entzettelte jedes tatsächlichen Interesse.

* Panzerung der Haubitzen. Der überall im Range befindenden Modernisierung der Feldhaubitzengeschütze wird in absehbarer Zeit die Zeit der Habsburger folgen. Alle Vorteile, die das System des Habsburger für Haubitzengeschütze besitzt, kommen auch für Stielhaubitzen in Betracht. Deshalb sind auch fast überall Besuche zur Ermittelung einer brauchbaren Ausführung für gepanzerte Haubitzenabkömmlinge im Gange. Die Anwendung dieses Prinzips auf die Haubitzen hat indes weit größere Schwierigkeiten, als sie für das Haubitzen geschütze abzuwenden sind. Der Grund hierfür liegt in den gegenseitigen, bei den Haubitzen zur Anwendung gelangenden Erfahrungen. Die Haubitzenrichtung der stark erprobten Robe benötigt besondere Maßnahmen bei der Lafettenkonstruktion, wenn nicht einwandfrei Robe unter Umständen auf den Boden ansetzen kann, das heißt, wenn sie den Boden ansetzen soll. Es scheint jetzt den Erfordernissen Werken in Döbeln gelungen zu sein, in der automatisch wirkenden Rücklauftreibrührung eine gut funktionierende Konstruktion gefunden zu haben. Gehäuse dieser Art haben vielerorts das artilleristische Interesse in hohem Maße wachgerufen und zu eingehenden Versuchen geführt. So darf man erwarten werden, daß die Zeit herangeworfen ist, in der die Haubitzen ebenso wie die Kanonen der Feldartillerie in gepanzerte Haubitzenkampfflugzeuge umgewandelt werden. Aber

Deutsches Reich.

Leipzig, 24. Juli.

* Deutschlands Neutralität bei den inneren russischen Kriegen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Ein Teil der ausländischen Presse hält noch immer die Verdiktate eines beobachteten Interventionismus der demokratischen Mächte gegen das Ergebnis im russischen Kriegsgefecht eines Deutschen beobachtet werden. Unbedingt ist es auch selbstverständlich, daß man so lange Staatsverträge bricht, als es Ziele gibt, die mit dem Haushaltsschaden entweder vernichtet, oder doch nicht verwahrt werden können. Solche Ziele nehmen aber in dem Maße zu, in dem das heut überhaupt wirtschaftlicher wird. Da wie uns in einer solchen Periode befinden, so ist das Verbrechen, die Haubitzen auch in der Feldartillerie zu verwenden, nur eine Konsequenz gewordener Verhältnisse.

* Die Duma und Wehrförderung. Der von der Norddeutschen Allgemeine Zeitung“ angekündigte vorläufige Entwurf des Gesetzes, über die Erleichterung des Wehrprojektes steht. Gestern wurde gelöst in der Zeitschrift des „Reichsanzigers“ veröffentlicht.

* Deutsche Fremden-Legionär. Der „Tempo“ erzählt: Ein junger Deutscher von 20 Jahren, namens Weber, batte sich dem deutschen Heerdiensst durch Eintritt in die Fremdenlegion entzogen wollen. Wegen Krankheit wurde er aber entlassen und sah sich aus ohne jede Hoffnung dem größten Ende gegenüber. In seiner Not lehrte er nach Beobachtungen juristisch und wurde von der Reichswehr unterrichtet, dass er im Dienst der Polizei in Roßkamp verhaftet. Die Strafkammer verurteilte den Mann zu sechs Wochen Gefängnis, nach deren Verjährung er in das deutsche Heer eingestellt werden wird. Dieses Verfahren der deutschen Behörden bezeichnet den „Tempo“ als typisch für die deutsche Wehrweise! Solch ein Soldat, der als Deutscher lieber in der französischen Armee als in der väterlichen Dienst stehen will, hat eine empfindliche Strafe verdient. Wer vor oder nach seiner Dienstzeit einen in ausländischen Diensten abenteuerlich will, mag tun, wozu er Lust hat, obwohl er besser handelt, sich der heimatlichen Kolonialverwaltung zur Verfügung zu stellen, wie wir doch jetzt gesehen auch Schiedsverträge in den deutschen Waffenstreit sich anstreben kann. Nur führt aber der „Tempo“ fort: „Es ist von der größten Bedeutung und die Rekrutierung der Fremdenlegion unerlässlich, daß die französische Regierung die Freiheit, die unter der französischen Freiheit zu dienen kommen, nicht einer so grausamen Regelung preisgegeben. Die Sänder des Reichsreichs (Deutschlands) stellen für diese Empfehlung eine lösbarbare Quelle dar, wenn man aber freien zu legen Gefahr läuft, wenn man die Freiheit mit der Ansicht einschlägt, daß die Legion wieder im nächsten Krieg zu müssen. Die deutsche Regierung, die sehr gut über das unterrichtet ist, was in den österreichischen Regimenter vorgeht, vergleicht einfach alle Fälle, wie das Legionär Weber, um solche Lektion vom Eintritt in die Fremdenlegion abzujagen. Sie veröffentlicht regelmäßig in den Gemeindeschriften der Fremdenlegion Berichte zur Freiheit und lädt sie in den Zeitungen abdrucken, die nicht verschaffen, die ungünstigsten Schlässe über den Dienst in der Fremdenlegion zu ziehen.“ Die deutsche Regierung tut vollauf ihre Schuldfreiheit, wenn sie französische „lobbare Quelle“ verklagt. Ihre französische Interessen ist diese Quelle doch zu kostbar. Von französischen Standpunkt hat der „Tempo“ natürlich Recht, den „Dank vom Hanse-Kreis“ an die Freiheit, die für die Freiheit ihre Gesundheit nach ihr Leben in die Schanze schlagen, unschön zu finden.

* Die neuen Männer im Kolonialamt. Der Wirthliche Legationsrat und vortragende Rat Dr. Edermaier steht im 43. Lebensjahr und ist aus dem preußischen Justizdienst heraugetreten. Im Jahre 1898 übernahm er die Oberrechtsgerichtsbehörde im deutsch-österreichischen Schiedsgericht, trat nach dreijähriger Tätigkeit im Schutzegebiet zur preußischen Justizverwaltung zurück, ging sodann im Dezember 1902 wieder die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes über, um im März 1903 zunächst kommuniziert, vom September desselben Jahres an einschließlich als erster Repräsentant und Regierungsrat beim Gouvernement von Samara zu wirken. Er war Landrat in Ost, sodann Polizeidirektor in Rixdorf. Nachdem er im Jahre 1904 als Regierungsrat in die allgemeine Staatsverwaltung mit der Verhüllung für den höheren Verwaltungsdienst wieder übernommen worden war, gehörte er der Steuerauverwaltung in der Provinzialabteilung der Regierung zu Potsdam an. Er war also niemals aus der preußischen Staatsverwaltung herausgetreten. Der Wirthliche Legationsrat und vortragende Rat Dr. Schmitz ist 35 Jahre alt. Im Jahre 1897 trat er als Regierungsrat in das Auswärtige Amt ein. Im Jahre 1900 mit der Wahrnehmung der richterlichen Gewichte in Asien und im folgenden Jahre mit der Secretar des Gouverneurs des Schutzegebietes Neu-Suwanja zugewiesen. Im September 1903 als Kandidat für den Wahlkreis Döbeln-Rosswitz ausgewählt und im Juni desselben Jahres als Legationsrat tätig gewesen war, übernahm er im August 1904 die Vertretungsgesetzte des Gouverneurs des Generalkonsulats in Kapstadt. Im April 1906 wurde er zum Konsul in Kairo ernannt, hat diese Stellung aber nicht angetreten und arbeitete seit kurzem in der Kolonialabteilung.

* Zur Eröffnung der Döbeln-Rosswitz. Name und die deutsche Reformpartei beschlossen, in den verwaisten Wahlkreis Döbeln-Rosswitz auf dem Kampfplatz zu erscheinen. Die erste Versammlung unter den Bevölkerungen des Kreises fand am Freitag nachmittag statt. Die Nachricht, daß der Spardienst des Verbands habsburger Juristinnen Dr. Strehmelau als Kandidat für den Wahlkreis Döbeln-Rosswitz auftreten werde, entzettelte jedes tatsächlichen Interesse.

* Panzerung der Haubitzen. Der überall im Range befindenden Modernisierung der Haubitzengeschütze wird in absehbarer Zeit die Zeit der Habsburger folgen. Alle Vorteile, die das System des Habsburger für Haubitzenkampfflugzeuge besitzt, kommen auch für Stielhaubitzen in Betracht. Deshalb sind auch fast überall Besuche zur Ermittelung einer brauchbaren Ausführung für gepanzerte Haubitzenabkömmlinge im Gange. Die Anwendung dieses Prinzips auf die Haubitzen hat indes weit größere Schwierigkeiten, als sie für das Haubitzen geschütze abzuwenden sind. Der Grund hierfür liegt in den gegenseitigen, bei den Haubitzen zur Anwendung gelangenden Erfahrungen. Die Haubitzenrichtung der stark erprobten Robe benötigt besondere Maßnahmen bei der Lafettenkonstruktion, wenn nicht einwandfrei Robe unter Umständen auf den Boden ansetzen kann, das heißt, wenn sie den Boden ansetzen soll. Es scheint jetzt den Erfordernissen Werken in Döbeln gelungen zu sein, in der automatisch wirkenden Rücklauftreibrührung eine gut funktionierende Konstruktion gefunden zu haben. Gehäuse dieser Art haben vielerorts das artilleristische Interesse in hohem Maße wachgerufen und zu eingehenden Versuchen geführt. So darf man erwarten werden, daß die Zeit herangeworfen ist, in der die Haubitzen ebenso wie die Kanonen der Feldartillerie in gepanzerte Haubitzenkampfflugzeuge umgewandelt werden. Aber

hiermit nicht genug, ist zu erwarten, daß die Haubitzen, was ihre Zahl anlangt, noch weitere Veränderungen erfahren werden. Wer etwa nach im Zweifel über die Branche nicht weiß, sondern über die Unwuchtheit der Haubitzen, auch im Feldzuge war, noch durch die Ereignisse des österreichischen Krieges eines Deutschen beobachtet werden kann. Unbedingt ist es auch selbstverständlich, daß man so lange Staatsverträge bricht, als es Ziele gibt, die mit dem Haushaltsschaden entweder vernichtet, oder doch nicht verwahrt werden können. Solche Ziele nehmen aber in dem Maße zu, in dem das heut überhaupt wirtschaftlicher wird.

* Die Duma und Wehrförderung. Der von der Norddeutschen Allgemeine Zeitung“ angekündigte vorläufige Entwurf des Gesetzes, über die Erleichterung des Wehrprojektes steht. Gestern wurde gelöst in der Zeitschrift des „Reichsanzigers“ veröffentlicht.

* Deutsche Fremden-Legionär. Der „Tempo“ erzählt:

Ein junger Deutscher von 20 Jahren, namens Weber, batte sich dem deutschen Heerdiensst durch Eintritt in die Fremdenlegion entzogen wollen. Wegen Krankheit wurde er aber entlassen und sah sich aus ohne jede Hoffnung dem größten Ende gegenüber